

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.05.2012
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion
Bamminger, Berendine
Burfeind, Heidrun für Benjamin Swieter
Götze, Horst
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald
Buisker, Herbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Lechner, Katja

FDP-Fraktion
Bolinius, Erich für Ralf Fooken

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Eggerking, Ursula (bis 19:47 Uhr)
Lichtenborg, Leon Jonas
Lorenz, Gerhard
Passe, Heino
Seeck, Dietmar
Stelle, Viktoria

Verwaltungsvorstand
Bornemann, Bernd Oberbürgermeister (bis 19:40 Uhr)
Docter, Andreas Stadtbaurat (bis 19:25 Uhr)

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Baumann, Albert
Buß, Thomas
Lier, Robert
Tuitjer, Berthold (17:35 Uhr bis 19:45 Uhr)

Protokollführung
Rauch, Agnes

Gast
Spindler, Detlev (bis 19:45 Uhr)

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Renken erklärt, die Tagesordnung müsse um den Tagesordnungspunkt „Verpflichtung eines stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes gemäß § 54 (3)NKomVG“ erweitern werden.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Herr Renken nimmt die Verpflichtung des stimmberechtigten sonstigen Mitgliedes Heino Pässe gem. § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses am 02.02.2012

Beschluss: Das Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Schulausschusses am 02.02.2012 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Grundschule Cirksena;
Verschiebung der Zusammenlegung und des Umzuges auf 01.08.2014
Vorlage: 16/0287

Herr Buß erläutert zunächst die Vorlage und bittet anschließend Herrn Spindler, den Sachstand der Arbeit der Steuergruppe vorzustellen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Herr Spindler führt aus, die Mitglieder des Steuerkreises seien sich einig, eine gute Schule planen zu wollen, in die Kinder gerne gehen und Lehrer und Erzieher erfolgreich arbeiten würden. Der Steuerkreis habe bisher versucht, Klarheit über die Ausgangslagen zu finden, welcher Unterricht an beiden Grundschulen laufen würde, welche unterrichtsbegleitenden und -ergänzenden Maßnahmen und Projekte durchgeführt würden. Was jedoch der Steuerkreis überhaupt nicht vorplanen könne, seien die Prozesse der Realisierung einer neuen pädagogischen Wirklichkeit, denn diese würde durch diejenigen gestaltet, die nachher in der Schule arbeiten müssten. Die Steuergruppe bereite die Prozesse vor, die ab dem Jahr 2014 laufen würden. Es sei seiner Ansicht nach natürlich wertvoll, grundsätzlich darüber zu diskutieren.

Herr Spindler gibt anschließend einen Zwischenbericht über den derzeitigen Stand der Arbeit der Steuerungsgruppe.

Herr Buß ergänzt, das Raumkonzept werde zurzeit verwaltungsintern mit dem Gebäudemanagement diskutiert. Dazu zähle natürlich auch, dass die Finanzierung sicherzustellen sei. Allerdings sei es heute noch zu früh, diese Einzelheiten hier im Ausschuss vorzustellen, da man erst verwaltungsintern zu einer abschließenden Position kommen müsse. Das Ganze gelte es so schnell wie möglich nachzuholen. Daraus leite sich dann jedoch auch ab, dass ein angemessener Zeitraum für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen bis zum 01.08.2013 nicht mehr zur Verfügung stehe. Zudem habe der Schulleiternrat der Grundschule Nesserland Ende Januar einen Antrag eingereicht mit der Bitte, den Umzug um ein halbes Schuljahr nach hinten zu verlegen. Diese Lösung halte er für weniger gut und schlage vor, das Ganze zu entzerren und den Umzug und die Zusammenlegung beider Schulen auf den 01.08.2014 festzuschreiben.

Herr Renken bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei der Steuergruppe. Ihr Einsatz sei wirklich hochachtungsvoll. Auch sie sei der Ansicht, man müsse dem Ganzen Zeit geben, um für die Kinder eine gute Schule schaffen zu können.

Herr Buisker stellt fest, tatsächlich sei man mit dem Raumkonzept auch etwas verspätet angefangen, weil der Schwerpunkt auf das pädagogische Konzept gesetzt worden sei. Letztendlich seien dann fünf Jahre vom Beschluss her vergangen bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schule dort einziehe. Er bedauere dieses.

Frau E. Meyer bemerkt, es sei festzustellen, dass Herr Spindler die Projektarbeit sehr engagiert betreibe. Sie bittet um Auskunft, ob ein pädagogisches Konzept erarbeitet werden müsse und erkundigt sich bei der Verwaltung, wie groß die Umbauarbeiten seien. Weiter fragt sie an, wie der Steuerkreis zu diesem Termin stehe.

Herr Bolinius erklärt, auch seine Fraktion werde diesem Beschluss zustimmen.

Herr Götze ist der Ansicht, dass von Herrn Spindler Vorgetragene sei sicherlich ein Meilenstein für die Zukunft der Kinder. Er gibt jedoch zu bedenken, dass eine große Anzahl von Kindern nicht ausbildungsfähig auf den Weg gebracht würde. Hinsichtlich der Ganztagschule fragt er an, ob es richtig sei, dass dort die Hausaufgaben gemacht würden.

Herr Bongartz erklärt, wie Herr Buisker bereits gesagt habe, werde die CDU-Fraktion diesem Beschluss zustimmen. Er gibt zu bedenken, dass auch die anderen Grundschulen auf Rat und Verwaltung zukommen würden und das neue Schulkonzept umsetzen möchten.

Abschließend fragt Herr Bongartz an, ob das für den Umbau der Cirksenaschule benötigte Geld, bereits im Haushalt eingestellt worden sei.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Frau Lechner stellt heraus, auch ihre Fraktion stimme der Vorlage zu. Sie könne den Ausführungen von Herrn Bongartz nicht so ganz folgen, da sie der Meinung sei, dass die Grundschulen in Emden sehr individuell arbeiten würden und sich bereits etwas Eigenes aufgebaut hätten.

Herr Spindler bezieht sich auf den Wortbeitrag von Herrn Buisker und erklärt, sicherlich hätte man mit dem Raumkonzept früher anfangen können. Doch habe er eher das Gefühl, dass die Steuergruppe relativ abstrakt diskutieren müsse, damit die unterschiedlichen Erfahrungen überhaupt auf einen Nenner gebracht werden könnten. Hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes erklärt Herr Spindler, dieses benötige die Stadt Emden für die Beantragung, die Schule als Ganztagschule führen zu können.

Auf die Aussage von Herrn Götze bemerkt Herr Spindler, es sei allgemein bekannt, dass die Schulen in Deutschland nicht so erfolgreich seien. International sei in allen Untersuchungen deutlich geworden, dass in das Schulsystem sehr viel investiert würde. Hier seien es jedoch insbesondere die höheren Schulen und gerade der Grundschulbereich und der vorschulische Bereich sei massiv unterfinanziert. Hinsichtlich der Frage nach den Hausaufgaben erklärt Herr Spindler, es würde dann nur noch Lern- und Übungsphasen geben, die sinnvoll in den Unterrichtsprozess eingeplant seien.

Herr Spindler bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Bongartz und führt aus, mit dem Konzept wolle man möglichst viele erreichen. Wenn das Konzept so gut sei, dann sei es natürlich auch logisch, dass sich andere Schulen daran orientieren würden. Er gibt jedoch zu bedenken, dass es in vielen Grundschulen auch bessere räumliche Bedingungen geben würde, als das, was man jetzt in der Cirksenaschule vorgefunden habe.

Herr Buß führt hinsichtlich der Umbauarbeiten aus, aus den Schilderungen gehe eindeutig hervor, dass auch Erweiterungsarbeiten notwendig seien, um einige zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen. Da zwei Grundschulen zusammengeführt und diese als Ganztagschule geführt würde, benötige man auch die Ausstattung wie z. B. eine Mensa. Auf der anderen Seite seien Fachräume vorhanden, die zum Teil umgenutzt werden müssten. Des Weiteren sei auch der Umzug des Medienzentrums mit einbezogen. Auch hier gelte es, entsprechende Flächen zur Verfügung zu stellen.

Herr Lorenz fragt an, ob die Änderung des Beschlusses des Verschiebens um ein Jahr auch Auswirkungen auf das Auslaufen der Hauptschule Cirksena habe.

Herr Seeck erkundigt sich nach der Zusammenarbeit der Schulleitung und der Kindertagesstättenleitung.

Herr Spindler stellt heraus, die Kooperation solle auf gleicher Augenhöhe passieren, weil seiner Ansicht nach das pädagogisch gut begründet sei. Man wolle die Bedingungen, die heute die Erzieherinnen und Erzieher in den Hortgruppen hätten, auch erhalten. Die Leitung, die diese Hortgruppen koordiniere, müsse seiner Meinung nach in der Schulleitung sein.

Herr Sprengelmeyer stellt abschließend fest, die Verschiebung der Zusammenlegung und des Umzugs habe keine Auswirkungen auf den Umzug der Hauptschule. Allerdings begrüße die Schulleitung diese Verschiebung, da dadurch die Situation in der Übergangsphase ruhiger geworden sei. Den Weg der Konzeptionierung der neuen Grundschule sei man wohlweislich in Abstimmung mit der Steuergruppe gegangen. Dabei habe man auch die Anregungen aus dem Stadtteil insbesondere der Kindertagesstätte Schwabenstraße und der Bürgervereine berücksichtigt, da hier die einmalige Chance bestehe, möglicherweise eine Modellschule zu entwickeln. Jeder wisse, dass man sich in einer Phase des demografischen Wandels befinden würde. Diese nun geplante neue Grundschule werde auf lange Sicht die letzte neue Schule sein. In den meisten Kommunen müssten Grundschulen geschlossen werden, weil keine Kinder mehr

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

da seien. Die Stadt Emden sei insoweit in einer glücklichen Situation, hier etwas Neues planen zu können.

Weiter führt er aus, es sei sehr eindrucksvoll von Herrn Spindler geschildert worden, in welche Richtung auch inhaltlich gedacht werde. Es sei ein unglaublich intensiver Prozess, der hier eingeleitet worden sei. Herr Sprengelmeyer bedankt sich bei allen Beteiligten, die hier viel Zeit und Überlegungen einsetzen würden, um etwas Positives und Modellhaftes zu entwickeln.

Hinsichtlich der Finanzen bemerkt Herr Sprengelmeyer, es würde noch eine interne Abstimmung benötigt, die derzeit laufe. Sobald diese vorliegen würde, würden die Zahlen dem Rat vorgelegt werden.

Herr Renken bedankt sich für die Vorträge. Er bittet darum, den Schulausschuss auch weiterhin über die wichtigen Abschnitte in diesem Prozess zu informieren.

Beschluss: Die Grundschule Emsschule und die Grundschule Nesserland werden zum **01.08.2014** zusammengelegt. Die Schule führt den Namen „Grundschule Cirksena“.
Die Grundschule Emsschule zieht zum **01.08.2014** in das Gebäude der bisherigen Hauptschule Cirksenaschule ein.
Die Grundschule Cirksena wird als Ganztagschule errichtet.
Das Medienzentrum zieht ebenfalls zum **01.08.2014** in die Grundschule Cirksena ein.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Änderung der Schulbezirke der GS Emsschule und der GS Nesserland (zukünftig GS Cirksena) und der GS Fruchteburgschule ("Boltentorviertel" zur GS Fruchteburg) zum 01.08.2014
Vorlage: 16/0288

Herr Buß erläutert die Vorlage.

Beschluss: Die Anlage 1 der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemein bildenden Schulen der Stadt Emden wird zum 01.08.2014 wie in der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlich geändert.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Neuer Bildungsgang an der BBS II;
Schulischer Teil der FHS-Reife
Vorlage: 16/0289

Herr Buß erläutert die Vorlage.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götze stellt heraus, bundesweit werde das Übergangssystem immer weiter zerklüftet, so dass die Menschen später in die Berufe hineinkämen. In Niedersachsen würde das Durchschnittsalter bei 19,5 Jahren liegen. Seiner Ansicht nach sei das einfach zu spät und man könne sich das einfach aus demografischen Gründen nicht leisten. Er bemerkt, 950 Menschen un-

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

ter 25 Jahren hätten in Emden keine Berufsausbildung. In diesem Bereich müsse wesentlich mehr passieren.

Herr Bongartz erklärt, so wie er die Vorlage gelesen habe, gehe es hier um diese Problematik überhaupt nicht. Es gehe lediglich darum, den schulischen Teil für die Fachhochschulreife zunächst an der BBS II und später an der BBS I zu erlangen. Somit würde es junge Leute betreffen, die später an der Fachhochschule studieren wollen.

Herr Bolinius erklärt, seine Fraktion werde dieser Beschlussvorlage zustimmen. Hinsichtlich der Äußerungen von Herrn Götze führt er aus, die Lehrpläne seien für Hauptschüler teilweise kaum zu schaffen. Hier müsste sich die Industrie- und Handelskammer Gedanken darüber machen, denn z. B. ein Steinsetzer brauche keine wissenschaftliche Ausbildung.

Herr Buß bemerkt, sicherlich seien die Übergangssysteme diskutabel, doch angesichts dieser Vorlage sei es der falsche Raum dazu. Es gehe hier nicht um die Einsetzung einer neuen Schulform, sondern darum, Schülern eine ergänzende Qualifikation zu vermitteln.

Herr Seeck bemerkt, auch er begrüße diesen Antrag und werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss: An den Berufsbildenden Schulen II der Stadt Emden wird vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landeschulbehörde zum 01.08.2012 ein Ergänzungsbildungsgang zur Erlangung des schulischen Teiles der Fachhochschulreife eingeführt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Verpflegungskonzept;
Einführung Cook & Chill
Vorlage: 16/0290

Herr Bornemann erklärt, Rat und Verwaltung hätten sich seit längerer Zeit vorgenommen, ein Gesamtverpflegungskonzept für Kindertagesstätten und Schulen auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Da es ein wenig ins Stocken geraten sei, sei die Verwaltung nunmehr der Meinung, dass dieses Thema nun auch aufgegriffen werden sollte. Dazu habe es diverse Planungen gegeben. Es würde zwar eine Beschlussvorlage vorliegen, er gehe jedoch nicht davon aus, dass heute kein Beschluss gefasst werde, sondern diese als Einstieg in die Diskussion gedacht sei. Es müsste aber auch eine Richtung bestimmt werden, damit man in die Einzelplanung gehen könne.

Herr Sprengelmeyer führt aus, ein Ernährungsverpflegungskonzept würde nicht nur die Versorgung der Schülerinnen und Schüler in den Kindertagesstätten und Schulen mit einer Mittagsverpflegung meinen. Es gehe darum, wie sich gesunde Ernährung in den Konzepten aller Einrichtungen wiederfinde. Er weist darauf hin, dass es sich bei dieser Vorlage um einen ersten Aufschlag handele, bei dem aufgezeigt werde, welche Dimension das Ganze eigentlich habe. Es müsse über eine konzeptionelle Ausrichtung gesprochen werden, auf deren Grundlage die Politik dann auch in der Lage sei, Einzelentscheidungen zu treffen. Hier gehe es nicht um den Standort einer neuen Küche, sondern um eine zukunftsorientierte Ausrichtung im Bereich der pädagogischen, organisatorischen und gesundheitsbezogenen Ziele.

Herr Sprengelmeyer erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation das Verpflegungskonzept der Stadt Emden für Schulen und Kindertagesstätten. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen erklärt, ihre Fraktion habe sich über diese Vorlage sehr gefreut und sei auch der Meinung, dass sie in die Fraktionen verwiesen werden sollte. Da das Thema so umfangreich und wichtig für die Kinder sei, wolle man sich ein bisschen mehr Zeit nehmen. Weiter bittet sie darum, die von Herrn Sprengelmeyer vorgestellte PowerPoint-Präsentation umgehend ins Internet zu stellen, damit die Fraktionen damit arbeiten könnten.

Frau Meinen bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 11 „Kostenfreie Teilnahme am Mittagessen“. Ihre Überlegung sei, ob dieses nicht in die Konzeption mit hineingenommen werden könne. Wichtig sei für sie, dass alle Kinder gesundes Essen bekommen und das gemeinsame Essen lernen würden.

Herr Bolinius bemerkt, dieses Verpflegungskonzept sei sehr gut ausgearbeitet worden. Er stellt sich die Frage, in welchem Zeitrahmen die Fraktionen jetzt ihre Meinung abgeben sollten. Auch sei seiner Ansicht der Beschluss etwas zu allgemein gehalten. Es müssten Einzelentscheidungen jeweils im Schulausschuss getroffen werden.

Herr Bongartz stellt heraus, am 22.06.2007 habe die CDU-Fraktion den Antrag „Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Rat und Verwaltung zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Einrichtung einer kostengünstigen Essensversorgung in Schulen und Kindertagesstätten“ gestellt. Auf diese Anfrage habe die Verwaltung seinerzeit geantwortet, dass die Mitarbeit des Rates nicht gebraucht würde, weil man zügig an die Sache herangehe und das innerhalb der Verwaltung schaffe. Auf eine Nachfrage im Jahre 2009 habe er als Zwischenbericht bekommen, dass man „voll im Gange“ sei. Heute müsse er nunmehr hören, dieses sei eine Aufschlagveranstaltung. Seiner Ansicht nach sei das aber das Finale. Nach Verweisung in die Fraktionen müsse innerhalb kürzester Zeit über diese Vorlage entschieden werden. Alle gerade vorgestellten Dinge seien bereits 2007 weitestgehend hinreichend bekannt gewesen. Seitens der CDU-Fraktion mache man sich keine großen Gedanken wegen der Förderrichtlinien bei den Essensgeldern und möchte, dass es jetzt zügig vorangehe und noch vor der Sommerpause umgesetzt werde.

Herr Passe wirft die Frage auf, ob es bei dem jetzigen Preis von 3 € bleiben werde und ob die Neuausstattung der Wallschule schon den Vorgaben entsprechen würde. Weiter bittet er um Auskunft, ob es ein Angebotsunterschied hinsichtlich des Essens zwischen den Kindertagesstätten und den Schulen geben werde.

Herr Buß sagt zu, die PDF-Datei umgehend ins Sitzungssystem zu stellen. Da die nächste Schulausschuss-Sitzung für den 26.06.2012 geplant sei, mache es aus Sicht der Verwaltung keine Probleme, dann einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Die Einzelentscheidungen im Schulausschuss würden dann auch mit aufgenommen werden.

Hinsichtlich der Frage zur Wallschule führt er aus, dort werde eine ähnliche Küche wie an der IGS eingerichtet. Hier arbeite man grundsätzlich mit der Verpflegungsform Cook & Hold. Der Grundsatzbeschluss sei noch nicht gefasst worden. Insofern könne er jetzt nicht eine Schule herausnehmen und gleich entsprechend umfassend ausstatten. Bezüglich des Unterschiedes des Essenangebotes zwischen Kindertagesstätten und Schulen bemerkt Herr Buß, es käme natürlich darauf an, welche Menülinie entwickelt werde. Im Bereich der Cook & Chill-Versorgung bestehe die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Essensbestandteile getrennt vorzubereiten und mit unterschiedlichen Komponenten auch verschiedene Menüs zu kreieren. Bezüglich des Preises könne er derzeit keine Auskunft geben.

Herr Buisker erklärt, in einem Nebensatz sei gerade mitgeteilt worden, dass 25 % der Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen würden. Er fragt an, inwieweit das auch eine Rolle für die-

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

ses Konzept spielen würde. Seiner Meinung nach, dürfte man die hungernden Kinder nicht bis zum Mittag warten lassen.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, im letzten Jahr habe man beschlossen, die Projekte Niko, Elterncafé und Gesundes Frühstück in das Gesamtprojekt Lern- und Lebenswelt zusammenzupacken. Wie er bereits ausgeführt habe, seien alle Grundschulen sehr daran interessiert. Ziel sei es, dieses Projekt auch tatsächlich an allen Grundschulen einzuführen, um die Schulen in dieser Entwicklung zu unterstützen. Das andere sei, eine Möglichkeit zu finden, zumindest Obst und Gemüse kostenlos in den Grundschulen anbieten zu können. Herr Sprengelmeyer gibt zu bedenken, dass schon 3 € bei Familien mit einem normalen Einkommen bei zwei oder drei Kindern finanziell zu Problemen führen könne. Man müsse schon darüber Gedanken machen, was man wolle und was man könne.

Hinsichtlich der Kindertagesstätten erklärt er, da 23 Kindertagesstätten in freier Trägerschaft seien, könne die Stadt Emden das Verpflegungssystem nicht vorschreiben. Dieses sei eine Entscheidung der freien Träger.

Herr Renken stellt heraus, die Fraktionen seien sich darüber einig, diese Vorlage zurück zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen und dann in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 26.06.2012 darüber abzustimmen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Verwaltung sei gerne bereit, in die Fraktionen zu kommen und nähere Erläuterungen zu geben.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Inklusion“
Vorlage: 16/0295

Herr Sprengelmeyer erklärt, Inklusion sei der Gedanke, der letztlich die Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Gemeinwesens insgesamt betreffen würde. Inklusion sei die Idee, alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Letztendlich seien davon alle Lebensbereiche und nicht nur die Bereiche Kindertagesstätten und Schulen betroffen. Obwohl laut Grundgesetz niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden dürfe, fange man schon relativ frühzeitig damit an, und trenne Kinder, die gehörlos, blind, gehandicapt oder im Verhalten auffällig seien. Inklusion sei eigentlich die Idee, nicht mehr zu selektieren, sondern alle Kinder in Kindertagesstätten und Schulen gemeinsam aufwachsen und lernen zu lassen, sodass sie dann in einem späteren Stadium nicht mehr diese Probleme miteinander hätten.

Er führt weiter aus, die Verwaltung habe sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. So werde auch die Modellschule Cirksena und auch die neue Kinderkrippe in Borssum inklusiv geplant. Auch sei angedacht, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese müsse aber gut geplant und vorbereitet sein. Wichtig sei auch, alle Beteiligten hier einzubeziehen. Inklusion beginne damit, sich seiner Vorurteile bewusst zu sein. In den Einrichtungen würden Rahmenbedingungen benötigt bezüglich der Gruppen- und Klassengrößen und der technischen Ausstattung. Hier müsse man mit Augenmaß herangehen. Seiner Meinung sein deutlich geworden, dass die eigene Philosophie überprüft werden müsse, um auch zu realisieren, was in den Kindertagesstätten und Schulen gemacht werden müsse.

Herr Buß ergänzt, in diese Vorlage seien auch ein Antrag und eine Anfrage der FDP-Fraktion zu dem Thema Inklusion eingebracht worden. Die Frage sei hier gewesen, wie sich die Grund-

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

schulen in Emden zu dieser Thematik aufstellen würden. Er führt aus, die Inklusion sei im schulischen Bereich durch eine Änderung des Schulgesetzes eingeführt worden und müsse von den Grundschulen und weiterführenden Schulen zum 01.08.2013 mit dem Schuljahrgang 1 bzw. 5 beginnen. Darüber hinaus gäbe es für die Grundschulen die Möglichkeit, zum 01.08.2012 mit der inklusiven Beschulung zu beginnen. Die Verwaltung habe nunmehr die Grundschulen abgefragt, wie sie sich zu dieser Thematik aufgestellt hätten. Er bemerkt, drei Grundschulen würden bereits inklusiv im Regionalen Integrationskonzept arbeiten. Hieran seien die Grundschule Fruchteburg, Nesserland und Wolthusen beteiligt. Die anderen Grundschulen würden zum 01.08.2013 die inklusive Beschulung aufnehmen. Herr Buß stellt fest, dieses sei eine große Herausforderung für die Schulen. Auch sei die Fortbildung der Lehrkräfte noch nicht überall erfolgt. Infrage gestellt werde auch, ob die Förderschullehrerstunden in ausreichender Zahl bereits zum 01.08.2012 zur Verfügung stehen würden. Die räumliche Frage sei ebenfalls gestellt worden. Dieses seien alles Herausforderungen, die nunmehr auf die Schulen und auf den Schulträger zukämen. Daneben gehe es auch um die Ausstattung der Lehrmaterialien und der entsprechenden Räumlichkeiten. Abschließend stellt Herr Buß heraus, sei es deutlich geworden, dass sich die Verwaltung mit dieser Frage beschäftigen würde. Von daher seien sowohl die Anfrage als auch der Antrag beantwortet worden.

Herr Bornemann erklärt, er halte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe in Emden für dringend erforderlich. Mit diesem Thema habe sich u. a. auch der Städtetag befasst. Zwar sei es ein Landesgesetz, aber das Land Niedersachsen gehe davon aus, dass im Hinblick auf die Konnexität die hierfür erforderlichen Ausgaben unter die Geringfügigkeitsgrenze fallen würden. Das werde aber von allen Beteiligten sehr stark bezweifelt. Die Landesregierung habe in einigen Jahren eine Prüfung zugesichert. Daher halte er auch im Hinblick auf die Abstimmung mit anderen Gebietskörperschaften diese Arbeitsgruppe für dringend notwendig.

Herr Renken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Lechner führt aus, auch sie halte die Einrichtung der Arbeitsgruppe Inklusion für notwendig. Weiter weist sie darauf hin, dass sich Inklusion nicht nur auf die Schule und Kindertagesstätten beziehe. Inklusion würde letztendlich überall stattfinden. Ihrer Ansicht nach sollte sich die Arbeitsgruppe auch Gedanken darüber machen, wie man im alltäglichen Leben Leute mit Behinderungen integrieren könnte.

Herr Lorenz weist darauf hin, dass es von schulischer Seite bereits eine Arbeitsgruppe geben würde. Die Landesschulbehörde habe vor drei Jahren alle Schulen zu einer Versammlung in die Förderschule eingeladen. Daraus habe sich eine Arbeitsgruppe gebildet. Seiner Meinung nach sollte die Stadt Emden Kontakt mit Herrn Krömer aufnehmen, um die erarbeiteten Sachen nutzen zu können.

Herr Bolinius führt aus, er habe sich mit Herrn Buß geeinigt, dass seine beiden Anträge in diesem Komplex insgesamt mit beantwortet würden. Weiter erklärt er, er würde es begrüßen, dass hier eine Arbeitsgruppe gebildet würde, doch stehe noch nicht fest, wann sie gebildet und wie genau sie aussehen werde. Seines Erachtens müsste das ganz kurzfristig geschehen, da das Thema sehr wichtig sei. Zudem seien Gesetze zu beachten. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe erkundigt er sich, wie diese vorgenommen werde.

Herr Mecklenburg stellt heraus, wenn man sich dieses Thema aus der Vergangenheit heraus vor Augen führe, dann beschäftige man sich auch hier in Emden ca. 20 Jahre damit. Anfang der 90-er Jahre sei es um die Einrichtung von Integrationsklassen gegangen unter sehr schwierigen und unzureichenden Rahmenbedingungen gegangen. Letztendlich sei dieses auch daran gescheitert, dass es sich immer wieder um Sparmodelle gehandelt habe. Dabei müsse beachtet werden, dass man nicht nur Kinder inklusiv beschule, sondern auch allen möglichst gerecht werde. Dieses gehe mit den bisherigen Rahmenbedingungen, die z. B. in den Grundschulen

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

vorhanden seien, nur schwierig. Seiner Meinung nach müsste seitens der Stadt Emden enorm etwas dazu getan werden, da die Mittel vom Land einfach zu wenig seien. Weiter sei es dann mit dem „Lernen unter einem Dach“ gegangen. Das sei in den Schulen auch sehr ausführlich diskutiert worden. Auch die Lehrkräfte seien immer guten Willens gewesen, dieses umzusetzen, jedoch nur nicht mit diesen bescheidenen Rahmenbedingungen. Letztendlich hätten sich drei Schulen gefunden und es interessiere ihn, wie das an diesen drei Schulen gelaufen sei. Die Grundversorgung sei dennoch nach wie vor unzureichend.

Weiter führt Herr Mecklenburg aus, die Rahmenbedingungen seien immer noch absolut unzureichend. Das ziehe sich durch die Bildung und auch für die Essensversorgung in der Schule sei immer zu wenig Geld da. Seiner Meinung sei es unfassbar, dass man sich in der Bildung immer noch mit dem Sparen auseinandersetzen müsse, wenn Deutschland eins der reichsten Länder der Welt sei.

Herr Renken weist darauf hin, dass das Regionale Integrationskonzept nicht einmal ein Sparmodell von Inklusion sei. Das Konzept und die Rahmenbedingungen würden in Zukunft ganz anders aussehen müssen. Insofern rede man eigentlich über eine Sache, die viel zu spät gemacht werde. Man müsse heute auf die Umsetzung der Inklusion setzen und dafür die Konzepte entwickeln.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, die Teilnahme von Kindern in Kindertagesstätten und an Schulen koste der Stadt Emden schon heute jährlich Hunderttausende. Bei der Anzahl der Integrationshelfer für Kinder und Jugendliche, die nicht in der Lage seien, unter den gegebenen Rahmenbedingungen an Regelschulen teilzunehmen, habe man steigende Tendenzen. Darüber sei im Jugendhilfeausschuss bereits einige Mal diskutiert worden. Andere Kommunen würde an der Stelle noch wesentlich mehr investieren. Seiner Ansicht nach müssten alle gesellschaftliche Gruppen inklusive Land und Kommune aufgefordert werden, konzeptionell zu schauen, was hier sinnvoll und pädagogisch verantwortbar sei und unter welchen Bedingungen die Teilhabe der Kinder in Regeleinrichtungen auch realisierbar sei.

Hinsichtlich der Einrichtung der Arbeitsgruppe erklärt Herr Sprengelmeyer, es werde sehr genau geprüft und vorbereitet, zumal schon einige Gruppen außerhalb der Verwaltung aktiv seien würden. Somit müsse man schauen, wie diese zusammengeführt werden könnten.

Herr Bongartz bittet darum, in der nächsten Sitzung des Schulausschusses dazu Stellung zu nehmen, was der Niedersächsische Städtetag zu dem sogenannten Konnexitätsprinzip sagen würde. Hier gehe es speziell um diese Problematik, ob der Aufwand, der ja kontinuierlich Jahr für Jahr auf die Kommunen zukomme, nicht doch unterm Strich letztendlich diese Geringfügigkeitsschwelle überschreite. Zwar sei Emden eine außergewöhnlich steuerstarke Stadt, doch letztendlich gehe es auch ums Prinzip.

Abschließend fragt Herr Bongartz an, welche Auswirkungen die Inklusion auf die Förderschule habe, die vor kurzer Zeit ausgebaut worden sei.

Herr Buß erklärt, das RIK arbeite seit dem 01.08.2011, sodass das Integrationskonzept im laufenden Schuljahr schon umgesetzt werde. Im Rahmen der Inklusion würden noch viele Fragen geklärt werden müssen, wie z. B. die mögliche Einrichtung von Schwerpunktschulen. Ab dem Jahre 2018 seien alle Schulen inklusiv auszustatten. Bis zu diesem Zeitpunkt könne man mit Schwerpunktschulen arbeiten, das bedeute, dass für jede Schulform mindestens eine Schule inklusiv hergerichtet werden müsse, die die Kinder in einem angemessenen Zeitraum erreichen könnten.

Bezüglich der Frage des Bestandes der Förderschule bemerkt Herr Buß, die Förderschule werde mit der Einführung der Inklusion Förderzentrum für Emden. Zwar werde es einen starken

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Rückgang im Bereich der Primarstufe geben, da der Förderschwerpunkt Lernen auslaufe und die Kinder mit Unterstützungsbedarf von allen Grundschulen aufgenommen werden müssten. Ebenso verhalte es sich mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung und Sprache. In den anderen Förderschwerpunkten könnten die Eltern auch eine Förderschule anwählen, denn ausschlaggebend sei immer der Elternwille. Inklusion bedeute nicht, dass alle Kinder mit Unterstützungsbedarf zwangsläufig die sogenannten Regelschulen besuchen würden. Es bleibe abzuwarten, wie sich der Elternwille in den einzelnen Unterstützungsformen ausgestalte. Insofern könne nicht gesagt werden, die Förderschule laufe insgesamt aus. Mit Sicherheit würden die Schülerzahlen nicht konstant bleiben.

Abschließend bemerkt Herr Buß, es würde sich noch ein ganz anderer interessanter Ansatz ergeben. Die Förderschule könnte natürlich auch für andere Schüler geöffnet werden. Mit dieser Frage müsste sich ebenfalls die Arbeitsgruppe befassen.

Herr Seeck regt an, die Arbeitsgruppe sollte neben der Inklusion auch über die bereits jetzt anfallenden erheblichen Jugendhilfekosten für die Unterstützung gehandicapter Kinder und Jugendliche diskutieren. Seiner Meinung nach sei eine Zusammenarbeit zwischen dem Bereich der Jugendhilfe und dem Schulbereich zwingend notwendig. Er bitte darum, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses die Kosten mitzuteilen.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, diese spannende Frage müsse er allerdings erweitern, denn es gehe nicht nur um die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, die bereits praktiziert werde. Interessant sei seiner Meinung nach die Frage von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe, weil die Integrationshelfer zum Teil über die Jugendhilfeträger und über die Sozialhilfe laufen würden.

Beschluss: Es wird eine Arbeitsgruppe zur Einführung der Inklusion in Kindertagesstätten und Schulen eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Zwischenbericht Steuerkreis Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 16/0291

Herr Buß erklärt, der Steuerkreis Schulentwicklungsplanung unter der Beteiligung der schulpolitischen Sprecher der Fraktionen, der Elternvertreter, der Schülervertreter, der Landesschulbehörde, der Verwaltung und eines Moderators habe insgesamt fünf Mal getagt. Am vergangenen Freitag habe ein ganztägiger Workshop stattgefunden. In der Zwischenzeit habe man die städtische Datenlage ausgiebig untersucht und erste Rückschlüsse daraus gefolgert. Auch habe man sich intensiv mit dem Thema Oberschule auseinandergesetzt und sich mit der Frage der Elternbefragung befasst. Vor dem Hintergrund dieser Elternbefragung werde eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema Oberschule angeboten, weil dieses auch Gegenstand der Elternbefragung sein werde. Ziel sei es, diese Befragung bis Mitte Juni abzuschließen, sodass sich die Auswertung bis ca. Ende Juni anschließen. Dann werde der Steuerkreis sich in den nachfolgenden Sitzungen mit den Erkenntnissen aus der Elternbefragung befassen. Auch werde die Datenlage durch den Moderator und Berater intensiv untersucht, sodass auch ganz konkrete Rückschlussmöglichkeiten auf die räumliche Situation vorhanden seien. Im Moment habe man sich mit den Schülerzahlen befasst. Er gehe davon aus, dass er dem Rat im September einen entsprechenden Vorschlag vorlegen könne.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Herr Sprengelmeyer ergänzt, seiner Ansicht nach sei die Arbeitsatmosphäre in dem Steuerkreis äußerst gut, sodass offen miteinander diskutiert werde. Dieses sei besonders am vergangenen Freitag deutlich geworden. An dieser Stelle wolle er sich auch für die intensive Zusammenarbeit bedanken. Hinsichtlich der Elternbefragung gibt er zu bedenken, es müsse allen klar sein, dass man diese auch ernst nehmen müsse. Sie werde in der Entscheidungsfindung und in dem Vorschlag, den der Steuerkreis dem Rat unterbreiten werde, eine wesentliche Rolle spielen.

Herr Bolinius bestätigt, die Atmosphäre in dem Steuerkreis sei über alle Fraktionsgrenzen hinaus ganz hervorragend gewesen. Er hofft, dass sich alle Fraktionen an das Ergebnis der Elternbefragung halten würden und appelliert, dieses auch so entsprechend umzusetzen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 11 Kostenfreie Teilnahme am Mittagessen in Schulen;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.08.2011
Vorlage: 16/0292

Herr Renken stellt fest, der Rat habe in seinem Budgetbeschluss bereits die 10.000 €, die die Verwaltung hier auch als Kostenschätzung eingetragen habe, bereits bewilligt. Im Grunde genommen habe sich dieser Antrag durch die Einstellung der Mittel im Haushalt erledigt.

Ergebnis: Kein Beschluss - Verweisung auf die Niederschrift

TOP 12 Tempo 30 vor allen Schulen und Kindergärten!;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.11.2011
Vorlage: 16/0293

Frau Lechner erklärt, in dem Antrag ihrer Fraktion gehe es darum, das Unfallrisiko für Kinder zu senken. Gerade auch im Bereich der Grundschule Wolthusen sei es ihres Erachtens sinnvoll, Tempo 30 einzuführen. Auch der Bereich der Berufsschulen und des Gymnasiums am Steinweg sei davon betroffen.

Herr Tuitjer führt aus, die Verwaltung habe alle Kindergarten- und Schulstandorte im Rahmen der Verkehrskonferenz geprüft. Es sei festgestellt worden, dass die meisten Institutionen bereits im Bereich einer Zone 30 liegen würden. In den Bereichen, in denen die Geschwindigkeit höher sei, seien gesicherte Querungsmöglichkeiten vorhanden. So habe man bei der Wolthuser Grundschule mit der Fußgängerbedarfslichtsignalanlage die beste Querungsmöglichkeit. Herr Tuitjer weist darauf hin, dass es eine subjektiv wahrgenommene Gefährdungslage geben würde, die sich aber nach fachlicher Beurteilung sowohl durch die Unfallstatistik als auch nach entsprechenden Seitenmessradarauswertungen nicht bestätigen würde. Die Stadt Emden sei hier als Verkehrsbehörde im übertragenen Wirkungskreis tätig und müsse gleiche Maßstäbe ansetzen und Bundesrecht umsetzen. Verbote des fließenden Verkehrs dürften nur dort angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen Verhältnisse eine Gefahrenlage bestehe.

Herr Bongartz erklärt, dieser Antrag höre sich zunächst einmal so an, als gäbe es in Emden einen großen Handlungsbedarf, an den Schulen und Kindergärten Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuführen. Doch die Einrichtungen würden sich entweder bereits in einer Zone 30 befinden oder es seien andere Sicherheitsvorkehrungen vorhanden, sodass es im Prinzip kei-

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

nen großen Handlungsbedarf geben würde. Seiner Meinung nach würde es nur an zwei Stellen Verbesserungsmöglichkeiten geben. Einerseits sei dieses bei den Berufsbildenden Schulen am Steinweg. Dort befinde sich jedoch ein breiter Zebrastreifen. Wenn man hier etwas ändern wolle, müsste der ganze Steinweg auf 30 km/h begrenzt werden. Andererseits sei die Grundschule Wolthusen betroffen. Wie Herr Tuitjer bereits ausführte, würde es dort mit der Lichtzeichenanlage eine der sichersten Überquerungen überhaupt geben. Da der Rat beschlossen habe, die Wolthuser Straße auszubauen, sollte seines Erachtens überlegt werden, ob die Querungsmöglichkeit für die Kinder noch weiter verbessert werden könnte. Derzeit erachte er dieses aber nicht für erforderlich.

Frau Lechner gibt zu bedenken, dass Kinder nicht unbedingt auf die grüne Ampel warten würden, wenn sie auf der anderen Straßenseite etwas Interessantes beobachteten. Sie schlägt Tempo 30 für den Schulbereich von Montag bis Freitag von 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr vor.

Herr Bolinius kann die Ausführungen von Herrn Bongartz bezüglich des Steinweges nachvollziehen. Hinsichtlich der Grundschule Wolthusen erklärt er, nach dem Ausbau der Wolthuser Straße könne man durchaus zu anderen Lösungen kommen. Somit würde er hier den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen, zumal Ampeln auch ausfallen könnten.

Herr Seeck fragt an, ob es Gespräche mit der Schulleitung oder den Eltern hinsichtlich einer Gefährdung der Kinder gegeben hätte.

Herr Renken erklärt, er sei seinerzeit von Eltern der Grundschule Wolthusen angesprochen worden. Daraufhin habe er sich ein wenig informiert. Es gäbe durchaus eine Reihe von Städten, die bereits so verfahren würden. So habe z. B. die Stadt Hannover einen Grundsatzbeschluss gefasst, mehrere hundert Straßen auf Tempo 30 aus Gründen der Sicherheit umzurüsten. Die Stadt Nürnberg habe das auch so umgesetzt. Von daher müsse man auch Gründe dafür finden, warum man das nicht machen wolle.

Frau Meinen stellt heraus, hier gehe es um die Sicherheit der Kinder. Sie regt an, eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h auszuprobieren.

Herr Tuitjer bemerkt, als Verkehrsbehörde habe er auch die Polizei anzuhören. Diese sage ganz klar, dass aus Gründen der Unfallstatistik keine Notwendigkeit gesehen werde. Weiter weist er darauf hin, dass gerade zu Schulanfangszeiten bzw. Schulabholzeiten die gefahrenen Geschwindigkeiten durch den ruhenden Verkehr längst nicht 50 km/h betragen würden.

Herr Bongartz bittet Herrn Renken, den Vorsitz abzugeben, wenn er Redebeiträge leisten würde. Das werde auch in anderen Ausschüssen so praktiziert.

Er stellt heraus, wenn man sagt, die Kinder könnten durch etwas abgelenkt werden und würden dann auch über eine rote Ampel laufen, dass suggeriere man auch, dass die Kinder im Grundschulalter in der ganzen Stadt nicht in der Lage seien, über eine Lichtzeichenanlage zu gehen. Jedoch würden sie jeden Tag beweisen, dass sie es können. Die Unfallstatistik würde dieses auch bestätigen. Damit hätten die Kinder mit der Lichtzeichenanlage die beste Querungshilfe, die es überhaupt geben würde. Seine Fraktion sehe hier keinen Handlungsbedarf.

Herr Bolinius fragt an, ob der Rat überhaupt berechtigt sei, solche Beschlüsse zu fassen.

Herr Tuitjer erklärt, wie er eingangs bereits ausführte, befinde man sich hier im übertragenen Wirkungskreis Straßenverkehrsgesetz mit einer daran anschließenden Straßenverkehrsordnung. Dieses sei genau normiert, gerichtlich überprüfbar und gehöre zum Geschäft der laufenden Verwaltung.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

Frau Lechner erklärt, sie ziehe den Antrag zurück.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 13 Bewerbung als Modellstandort für "Kita und Grundschule unter einem Dach";
- Antrag der FDP-Fraktion vom 12.04.2012
Vorlage: 16/0294

Herr Bolinius erläutert seinen Antrag und erklärt, seiner Ansicht nach würde sich durch dieses Konzept die Bildungslandschaft in Emden positiv erweitern. Die Stellungnahme des GEW könne er jedoch nicht nachvollziehen.

Herr Sprengelmeyer führt aus, grundsätzlich gehe es bei dieser Ausschreibung um acht Modellstandorte in Niedersachsen. Die Chance, hier beteiligt zu werden, sei daher sehr gering. Eine Abfrage bei allen Schulen in Emden habe lediglich eine positive Rückmeldung der Grundschule Petkum erbracht. Herr Sprengelmeyer gibt zu bedenken, dass in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen insgesamt gefördert worden sei und es viele verschiedene Projekte wie z. B. Brückenjahr geben würde. Zudem sei sehr viel Bewegung in der Schullandschaft.

Herr Lorenz weist darauf hin, das Projekt Brückenjahr sei auch in Emden gelaufen. Dazu sei auch ein Bericht erarbeitet worden. Die Zuständigkeit sei nunmehr auf Aurich übergegangen. Allerdings würde es in Emden immer noch einen Arbeitskreis aus Grundschulen und Kindergärten geben.

Herr Seeck teilt mit, die GEW sei relativ früh eingeschaltet worden. Seiner Meinung nach handle es sich hierbei um ein schnell gestricktes Modellprojekt mit einer unzureichenden Finanzierung. Gleichzeitig werde jedoch das erfolgreich verlaufende Brückenjahr nicht flächendeckend fortgeführt. Er halte dieses für eine Unmöglichkeit und könne das geringe Interesse der Grundschulen nachvollziehen.

Herr Bolinius erklärt, der Arbeitsaufwand beim Ausfüllen entsprechender Anträge dürfe eigentlich kein Grund sein, diese nicht zu stellen.

Herr Bongartz stellt heraus, die Nachfrage auf diese acht Modellstandorte werde zeigen, ob es sich hierbei um erfolgversprechendes Projekt handle. Er habe durchaus Verständnis dafür, dass sich die Grundschule in Petkum bewerben wolle, da dort die Schülerzahlen massiv rückläufig seien.

Herr Buß bemerkt, er werde mit der Schule Kontakt aufnehmen, ob diese einen Antrag stellen wolle. Voraussetzung hierfür sei auch die Erarbeitung eines entsprechenden innovativen Konzeptes, welches bis Ende Juni gefertigt sein müsste. Auch könne der Antrag nur gestellt werden, wenn die entsprechenden Kindertagesstätten mitarbeiten würden. Aus Reihen der Kindertagesstätten sei bisher überhaupt kein Interesse signalisiert worden. Dennoch werde die Verwaltung mit den Einrichtungen und den Schulen sprechen. Abschließend stellt er heraus, dass die Bezeichnung „Kindertagesstätten und Grundschulen unter einem Dach“ nicht unbedingt räumlich, sondern symbolisch zu sehen sei.

Herr Bolinius bezieht sich auf die Aussage von Herrn Bongartz hinsichtlich der rückläufigen Schülerzahlen in Petkum. Dieses werde von ihm so nicht gesehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses am 10.05.2012

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendausschusses am 24.05.2012

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die geplante gemeinsame Sitzung entfallen müsse. Die geplante Vorbereitung in den Osterferien habe er nicht durchführen können.

2. Besetzung der Schulleiterstelle in der BBS II

Herr Buß teilt mit, ihm sei gestern ein Besetzungsvorschlag vom Kultusministerium zugegangen. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde er in den nächsten Verwaltungsausschuss geben, um die Stellenbesetzung nicht unnötig hinauszuzögern.

TOP 15 Anfragen

Frau Meinen erkundigt sich, ob auch in der IGS ein Wasserspender vorhanden sein.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, sowohl in der Osterburgschule als auch in der IGS sei ein Wasserspender vorhanden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.